

Erstein in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis  
für ein Jahr 1 Mk. 50 Pf. 200  
Cassat.

Wochen-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 7. und 14. Monat, und auf den  
3. Monat bezogen angenommen; im  
Rheinl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-  
Weimar auf den 1ten Monat  
des Courants à 54 Pf.

Inserat  
letz. Verfammlungen 2r. Preiz 10 Pf.,  
letz. Privat-Anzeigen und Heft 200  
Preiz 10 Pf.

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 23.

Mittwoch, 22. November.

1876.

**Des sächsischen Bußtags wegen  
müssen Inserate für die Sonntags-  
Nummer spätestens Donnerstag Vor-  
mittag bei der Unterzeichneten ein-  
gehen.  
Die Expedition.**

### Alles zur rechten Zeit!

Den sozialistischen Reichstagsabgeordneten wird selbstverständlich von den Gegnern, aber auch vielfach von den Parteifreunden der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend oft den Reichstags-  
sitzungen beiwohnten.

Wir wollen hier über diesen Punkt heute ein offenes, ernstes  
Wort reden.

Unsere Idee ist noch eine neue, sie muß immer mehr unter  
das Volk getragen werden, daß sie gedeihe, daß sie verwirklicht  
werde. Jedes anständige und moralisch erlaubte Mittel soll  
hierzu dienen.

Wir wissen wohl, daß die sozialistischen Abgeordneten in  
diesem Reichstage für Erreichung von Volksrechten direkt nicht  
wirken können. Die Reichstagsmajorität besteht aus Name-  
luden, welche sich dem Reichstagspräsidenten beugen, heiße dieser Bis-  
marck, Stroußberg oder Ledochowsky. Gab es doch eine Zeit,  
wo die deutschen Parlamente mit den deutschen Regierungen um  
die Wette um die Gunst des römischen Stuhls und um die  
Gunst des Krumpstabs überhaupt buhten. Hätte heute der  
Krumpstabs in Deutschland die Macht, so würde ganz  
bestimmt dort, wo jetzt eine Bismarckmajorität ist, eine Krump-  
stabsmajorität sich befinden.

Weil die sozialistischen Abgeordneten also vorläufig keinen  
direkten Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne des Volks-  
rechts ausüben können, so müssen sie auf indirekte Weise  
diesen Einfluß zu erwerben suchen. Dies geschieht allerdings  
auch dadurch, daß sie von der Reichstagstribüne bei passender  
Gelegenheit ein offenes Wort an das Volk richten, ein Wort  
in unverblümter Sprache, weil bekanntlich nur die Tribüne des  
Reichstags in Deutschland die Redefreiheit gestattet. Das Volk  
soll Auffklärung erhalten, dahin gehende Aufklärung, daß es  
später keine Namenluden mehr, sondern freie Männer wähle.

Aber es ist der Eindruck, den eine unvermittelte Rede direkt  
auf die Zuhörer ausübt, ein viel gewaltiger und nachhaltiger,  
als der, welchen das Lesen einer Rede oder eines Artikels her-  
vorbringt. Deshalb müssen die sozialistischen Reichstagsabgeord-  
neten die Tribüne der Volksversammlungen ausgiebig be-  
nutzen in allen Gegenden Deutschlands. Und die Gelegenheit  
hierzu wird ihnen geboten durch die Eisenbahnfreibillets.  
Und wir hören auch, daß J. V. Veber in Köln spricht und  
wenige Tage darauf in Königsberg, daß Liebknecht, anstatt  
im Reichstage sich über Herrn Stephan zu ärgern oder zu  
amüßigen, in Offenbach die Liberalen ärgert, daß Hasselmann  
das Rheinland umfährer macht und daß Hasenclever plötzlich  
in Oldesloe auftaucht oder aber während der Reichstagspause  
in öffentlichen Versammlungen in Berlin auftritt.

Es soll nämlich — und das ist ja unsere hervorragendste  
Aufgabe — das Volk aus dem Schlafe gerüttelt werden. Das-  
selbe soll nicht gleich einer Hammelherde dem Steden des  
Schäfers folgen, sondern selbst denken, welchen Weg es gehen  
will, selbst handeln, indem es auf dem für gut befundenen Wege rüstig  
fortschreitet. Diese Handlung kann es aber bei dem jetzt herr-  
schenden Repräsentativsystem hauptsächlich nur dadurch betreiben,  
daß es Männer, Männer aus seiner Mitte in die Repräsen-  
tantenhäuser wählt und keine alten Wachsweiber, die niemals  
ernstlich der herrschenden Macht sich entgegenstemmen.

So soll auch jetzt wieder von der bekannten Wachsweiberpartei  
der Antrag auf Diäten im Reichstage eingebracht werden. Gut,  
wir sind selbstverständlich für Diäten — die Reichsregierung  
bewilligt sie aber consequent nicht, sie achtet den Beschluß des  
Reichstags nicht. Was müßten nun die Abgeordneten, welche  
immer für die Diäten stimmen und die Majorität des Reichs-  
tags bilden, thun? Sie müßten, so lange die Regierung auf  
die Diätenbewilligung nicht eingeht, die Einnahmen und Aus-  
gaben des Reichs, soweit es nach dem siebenjährigen Compromiß  
bei dem Militärgesetz noch möglich ist, verweigern.

Aber nein, das thun die Helden nicht! Sie pariren alle  
Hiebe, die gegen sie geführt werden, mit dem Hintern.

Was sollen also die sozialistischen Abgeordneten sich im  
Reichstage vorläufig abquälen? Unnütze Mühe — das wäre  
nicht zur rechten Zeit.

Jetzt ist es an der Zeit, dahin zu wirken, eine größere An-  
zahl von Reichstagsmitgliedern den Wachsweibern zu nehmen — sind  
dieselben genommen, dann kommt die Zeit, wo auch im Reichs-  
tage mehr gewirkt werden kann.

Deshalb möge sich Niemand dadurch beirren lassen, wenn er  
hört, daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Reichs-  
tagsfeier nicht allzu oft drücken, sie thun für das Volk, für das  
Recht und die Freiheit mehr ihre Pflicht, wenn sie ihre Eisen-  
bahnbillets reichlich benutzen und in Volksversammlungen der  
heutigen Gesellschaft die gleichzeitige Maske herunterreißen.

Für jetzigen Zeit in Volksversammlungen, zu späterer  
Zeit im Reichstage!

### Eine Communisten-Farm.

(Eloß.)

Dies ist der geschichtliche Hintergrund unserer Erzählung.

Zunächst verdient die Furchtlosigkeit dieser Abolitionisten in allen  
Lebenslagen unsere Bewunderung. Natürlich forderte die wilde  
Natur des Landes dazu heraus. Zwei Männer von der Com-  
munistenfarm machten, wenn Baargeld nötig wurde, Dachschi-  
ndeln von Cypressenholz. Die terranische Cypressen (Jaxus distichon)  
erreicht mächtige Verhältnisse; der untere Theil des Stammes  
ist selten unter 20 Fuß im Umfang, der obere weit hinauf nicht  
unter 12, und wird über 100 Fuß hoch, weil die Aeste sich nicht  
eher ansetzen, als bis die Höhe des Felsenüfers erreicht ist, denn  
sie wachsen so mächtig bloß am fließenden Wasser, in den tief  
eingeschnittenen Flußbetten, besonders dem der Guadalupe. Der  
Stamm wird in soviel Blöcke gefügt, als er Schindel-Längen  
erreicht, wird dann gespalten und die fertigen Schindeln auf  
steilen Wegen bergauf geschleppt, um auf das Dächerschwergel  
geladen zu werden, das sie auf halbschwebenden Wegen, oft  
50 Meilen weit, zu Markte bringt. Die Vertikalität ist höchst  
romantisch. Die eichfurchtgebietenden Stämme wachsen so dicht  
bei einander, daß unten selten ein Mann zwischen je zweien  
hindurch sich drücken kann, und bilden auf beiden Ufern des  
tiefen, reißenden kristallklaren Strames von 100 Fuß Breite, die  
eindrucksvollste Säulenhalle der Welt, während das reizend grüne  
Dach von weichen Nadeln, welches hoch oben die magrechten  
Aeste bilden, nur einen schmalen Streifen des herrlich blauen  
Himmels durchblicken läßt. Aber diese Schindelmacherei ist nicht  
nur höchst beschwerlich, sondern auch in mancher Hinsicht ge-  
fährlich. Der heimtückische Feind des Arbeiters ist wohl das  
Wechselfieber, welches in dieser feuchten, schattigen Tiefe, wohin  
nie der prächtig kühlende Steppenwind dringt, binnen wenigen  
Stunden tödtlich zu werden vermag und schwer abzuwehren ist.  
Dazu kommen, wenn weiter oben Gewitterwolken den Strom ge-  
schwemmt haben, Ueberschwemmungen, welche so plötzlich eintreten  
und so rasch wachsen, daß die Arbeiter oft kaum das nackte  
Leben, aber nicht die fertige Waare vor dem Fortschwemmen  
retten können. Daß es in der tiefen Einsamkeit wohl an mensch-  
licher Hilfe, aber nicht an wilden Thieren und giftigen Schlangen  
und Insekten fehlt, versteht sich fast von selbst, giebt uns aber  
Gelegenheit, ein Abenteuer der beiden Schindelmacher mitzu-  
theilen.

Sie hatten hoch oben am Felsenufer eine Höhle entdeckt,  
durch welche zwei schwarze Bären ein- und ausgingen, und  
beschlossen, ihrem unvermeidlichen Besuche zuvorkommen. Von  
der Farm wurden, um ganz sicher zu gehen, noch ein paar Ka-  
meraden herbeigeholt, und dann wurde der senkrechte Felsen er-  
klettert. Aber es vermochte wohl ein Bär mit seinen scharfen  
Krallen an einem so hohen Cypressenstamme hinaufzuklimmen  
und den Eingang zur Höhle zu erreichen, nur nicht ein Mensch.  
Es wurde also oben auf dem Uferende ein zweiter Eingang  
gesucht und glücklich gefunden. Das Loch, für einen Bären  
gerade weit genug, reichte einige Fuß hinab und bog sich dann  
in's Wagrecht um.

Wer da allein hinabkriechen sollte — denn durch Feuer und  
Rauch ließen sich die Bestien nicht hervorlocken, mußte kopfüber  
hinab, um die Waffen gebrauchen zu können. Ein rasch ent-  
schlossener Gefährte — wir bebauern nicht mehr sagen zu können,  
ob es Brunko, Westphal oder Reubert war — klettert kopfü-  
ber hinab und berichtet mit großer Seelenruhe, daß er im  
Halbdunkel, wenige Fuß in dem engen Raume vorwärts, zwei  
Paar feurige Augen sieht. Man bietet ihm die kürzeste Wache  
an, welche zur Hand ist. Er schlägt sie aus, weil er, im Falle  
er den ersten Bären erlege, vor Pulverdampf den zweiten nicht  
würde beobachten können, zieht sein langes Messer und klettert  
auf dem Wauche weiter hinab, bis er verschwindet. Den Anderen  
oben beginnt für den tollkühnen Kameraden zu bangen. Aber  
bald hört man seine dumpfe Stimme ankündigen, daß er den  
ersten Bären gut getroffen hat. (Der Bär hat bekanntlich an  
der Nasenwurzel eine sehr verwundbare Stelle.) Rasch folgen  
die weiteren Mittheilungen des Jägers, daß das verwundete  
Thier sich in den hintern, weitern Theil der Höhle zurückgezogen  
habe, und daß das zweite Thier vorläufig; und in Kürze ruft er  
hinauf, daß auch dieses tödtlich getroffen sei. Bald darauf kommt  
er zurückgetreten und melde, daß noch mehrere junge Bären  
vorgefunden seien. Nachdem die Alten verblutet waren, holte  
man sie mittels Stricken heraus und machte dann den Jungen  
leicht den Garaus. Und diese Heldenthat war bei allen etwas  
so Selbstverständliches, daß darüber nur gute und schlechte Witze  
gerissen wurden.

Selbst den Kindern theilte sich diese Furchtlosigkeit mit. Der  
Rasch Degener wohnte jenseits der Guadalupe, und es gab  
für die Knaben (14 und 12 Jahre alt) keinen andern Schulweg,  
als über einen Cypressenstamm, welcher glücklicherweise quer über  
den Strom gefallen war und auf beiden Ufern, wohl 60 Fuß  
über dem gefährlichen Wasser, fest auslag. Diesen Weg legten  
sie, wohl Jahre lang, täglich zweimal zurück, um an dem Unter-  
richte Siemering's auf der Communistenfarm theilzunehmen.  
Davon wurde kein Aufhebens gemacht, obwohl dieser Furcht-  
nicht einmal behauen und mit Geländer versehen war. Wohl  
aber hörten wir einst ihren Vater sie vor nordischen Gästen  
loben wie folgt: „Der wilde Vater, den ich hier zerlege, ist  
der achtundsechzigste seit drei Monaten, den mir meine Jungen  
geschossen haben. Ohne sie würden wir selten frisches Fleisch  
auf dem Tische haben.“

Folgende Heldenthat dieser Knaben wurde dem Schreiber  
dieses von der ganzen Ansiedlung verbürgt, um in die Zeitung  
aufgenommen zu werden. Die Erwachsenen waren alle im  
Cederwalde abwesend um Bauholz zu holen. Die Knaben saßen  
beim Zubettgehen der Mutter: „wenn du die Schweine im Koben  
treiben hörst, so wach auf; es ist ein großer Panther in der  
Nähe, der ihnen aufwartet.“ Um Mitternacht saßen die Knaben

im Hemde und barfuß mit den Wädhern hinaus und bitten die  
Mutter, ihnen rasch mit der Laterne zu folgen. Sie thut's, ob-  
wohl bei Hofe erzogen und an dergleichen nicht gewöhnt. „Du  
mußt“, sagen die Knaben, „dicht an den Stamm dieser Lebens-  
eiche treten und die Laterne über Dich halten. Fürchte nicht,  
daß der Panther auf Dich springe; er kommt nur todt herunter,  
aber wir müssen, weil er zwischen den Astgabeln fast ganz ver-  
borgnen ist, sicher sein, daß wir keinen Fehlschuß thun.“ Die  
Mutter thut, wie ihr gerathen, und indem der Ältere ruhig und  
lange auf die funkelnden Augen zielt und der Jüngere sich für  
den Fall, daß er nicht tödtlich trifft, in Anschlag hält, holt der  
erste Schuß das gefährliche Raubthier todt vom Baume her-  
unter. Er maß von der Schnauze zur Schwanzspitze 8 Fuß  
und wog 285 Pfund.

Keinlichen Geschichten könnten wir mehrere erzählen; wir  
ziehen es aber vor, den Beschluß mit dem Lebensende dieser  
beiden Heldenknaben zu machen. Als der Krieg gegen die Union  
begann und die jungen Deutschexeraner alle mit Gewalt in die  
südliche Armee ausgehoben werden sollten, zogen sich die beiden  
jungen Degener, damals 20 und 18 Jahr alt, mit 64 anderen  
Schicksalsgenossen in's Gebirge zurück, entschlossen, sich durch die  
Ketten des Skavenhalter-Heeres nach Mexiko durchzuschlagen.  
Sie waren trotz unablässiger Verfolgung ihrem Ziele schon  
ziemlich nahe, als sie beim Nachtlager an einer bewaldeten  
Schlucht mit Quelle, umzingelt wurden. Einer ganzen Hälfte  
gelang es, sich, mehr oder weniger übel zugerichtet, durchzu-  
schlagen und nach Mexiko zu entkommen. Die beiden Degener  
aber, dazu außer Stande, wollten ihr Leben so theuer als  
möglich verlaufen und mit ihnen alle, deren Pferde abgemattet  
waren. Sie verteidigten sich den ganzen folgenden Tag, und  
der Feind, der trotz bedeutenden Verlusten keinen Angriff wagte,  
siegte erst, als beide Heldenjünglinge — bis auf den letzten  
Hauch sechtend, ihr Leben ausgehaucht hatten. Die wenigen  
Ueberlebenden wurden nach San Antonio zu fortgeführt, bei  
jeder Haltestelle aber zwei von ihnen an Bäumen aufgekümpft,  
die letzten zwei vor den Thoren der Stadt, wo Vater Degener  
wegen „Landesverrats“ im Gefängnisse saß. Als man ihm  
schonend meldete, einem seiner Söhne sei etwas zugefallen, rief  
er: „Ihr Lügner! Die theilen jedes Schicksal. Sagt es gerade  
heraus — sie sind beide todt!“

### Die Moral des Handelsstandes.

So oft wir Gelegenheit nehmen, das herrschende System ein  
unethisches zu nennen, findet die gegnerische Presse in unserer  
moralischen Entrüstung nur die Absicht, Alles beiseite zu be-  
scheiden. — Es ist den Leuten geradezu unmöglich, sich aus den  
Fesseln der verderbten Sitte zu unseren reinen Moralbegriffen  
zu erheben; und die unbedeuten Wahrheit anzusprechen erscheint  
ihnen nur, wie Schelling sagt, als „unethisches Betragen“.

Und doch — was finden wir bei unserem gesammten Handels-  
stande als baaren Betrug?

Welcher Kaufmann darf behaupten, stets nach den Vorschriften  
der Moral und Ehre verfahren zu haben? Erlogene Facturen,  
erlogene Einkaufspreise, die mit den heiligsten Eiden dem Käufer  
als die richtigen versichert werden, Lieferung unter der Muster-  
qualität; das Alles ist Regel und — Recht!

Hören wir nun folgendes Eingekündigtes, welches der „Ver-  
liner Börsenzeitung“ in einem Jubelartikel über Stroußberg's  
Beurtheilung zur — Freiheit entschläpft ist.

„Das gesammte Wirtschafts- und Geschäftsleben unserer  
Zeit müßte aber zusammenbrechen, wenn man dasselbe in die  
Hwangsjade solcher Principien einschnüren wollte, ja es müßte  
sich das gesammte „Rechtsbewußtsein“ im Staatsleben gegen eine  
Anwendung derartigen Principien auf die geschäftlichen Trans-  
actionen auflehnen.“

Wenn ihm gewisse Transactionen zum Vorwurf gemacht  
werden, die vom Standpunkte der strengen Schulmoral eine  
Anfechtung erfahren mögen, so kann er zu seiner Entschuldigung  
anföhren, daß das ganze geschäftliche Leben der Gegen-  
wart von solchen Transactionen geradezu erfüllt ist. Wollte man  
diese Transactionen nach denselben Principien beurtheilen, die  
der Moskauer Staatsanwalt Stroußberg gegenüber auseinander  
setzte, so müßte man alsbald die Strafgesetzbücher aller Staaten  
umwandeln und die Zahl der Staatsanwälte in's Außerordent-  
liche vermehren.“

Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Der Handel ist  
voller Betrug und fügen wir hinzu, erbärmlicher, corrupterweise  
sagt unsere „öffentliche Meinung“ dazu: von Rechtswegen! —  
Vertrauen heißt Thorheit und wehe dem Arglosen, der auf die  
Ehrenhaftigkeit unserer Kaufleute rechnet. „Der Dumme muß  
geprügelt werden“ das ist Bourgeois-Moral und wenn er zu  
Markte kommt, freuen sich die Krämer!

Zu Krämer, wahre Krämerseelen sind unsere Kaufleute und  
großen Industriellen, die ihre „eigene“ Anschauung von Moral  
und ein eigenes „Rechtsbewußtsein“ haben.

Und nun das Schlimmste:

Wer will in dieser Welt des Geldes, in welcher Selbsteig  
und Ehre synonym sind, wer will es dem Einzelnen verargen,  
wenn ihm jedes Mittel gut dünkt, zu Gelde zu kommen? Das  
System erzeugt seine „eigene“ Moralbegriffe.

„Nach Golde drängt, am Golde hängt ja Alles!“

Wer will dem Gründer — dieser Blüthe unseres Wirth-  
schaftssystems — einen Vorwurf machen, wenn er ein gros  
betreibt, was alle, alle — ehrenwerthe Männer — in bescheidenen  
Grenzen thun? Ein erlogener Einkaufspreis, ein erhabelter  
Preis und die Million ist „verdient“, — mit demselben Rechte  
verdient, mit dem uns jeder Kaufmann Plunder für gute Waare



den Systems und gemein und niedrig ihre Handlungsweise, weil sie gar noch ihre „kaufmännischen Regimen“ für „Recht“ empfindet!

So lange Geld die alleinseligmachende Lösung bleibt, so lange im wahnwichtigen Concurrenzampfe kein Mittel zu schlecht ist (denn wie die schlechte Schwindeltwaare kämpft auch die niedere Moral siegreich gegen die bessere!) so lange Geld Ertrag ist für Ehre: so lange werden die „kaufmännischen Prinzipien“ mit der Moral unvereinbar bleiben und erst der Sozialismus kann Jedem die gleichen ehrenvollen Pflichten und Rechte zumeßen; erst der Sozialismus wird uns Allen nicht nur unser ruhiges Brot, sondern auch der „öffentlichen Meinung“ den Begriff von Ehre wiedergeben.

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Der wirthschaftliche Bankrott Deutschlands. Wie aus guter Quelle den größeren Zeitungen mitgeteilt worden ist, wird sich das deutsche Reich an der nächsten Pariser Weltausstellung nicht betheiligen. Die in schwerer Krankheit darniederliegende deutsche Industrie erhält durch die Nichtbetheiligung den Todesstoß. So haben wir also jetzt neben dem politischen Bankrott, der sich in dem Abhängigkeitsverhältniß von Rußland zeigt, noch den wirthschaftlichen Bankrott.

— Das friedliche „Väterchen“. Wie man in Rußland an entscheidender Stelle über die Lage denkt, zeigt am deutlichsten folgendes Petersburger Telegramm vom 16. d. M.: „Bei der gestrigen Truppenrevue auf dem Marsfelde richtete der Kaiser an die um ihn versammelten Generale und Offiziere die Worte: „Meine Herren, wünschen wir dem Oberkommandanten den besten Erfolg!“ Diese Worte des Kaisers wurden mit einem einstimmigen Hurrah aufgenommen.“ — Die Maske ist vollständig gefallen. Nieder mit den „erbfeindlichen“ Reichsfeinden, es leben die „erbfreundlichen“ Reichsfreunde! Es lebe die russische Kultur!

— Es hat wieder einmal gelaskert. Als die Pause von acht Tagen bei den Reichstagsverhandlungen gemacht wurde, wußten wir gleich, daß es den wenigen freilichlichen Bestimmungen in den Justizgesetzen an den Krügen gehen sollte. Wir wußten, daß compromittirt, daß „gelaskert“ werden sollte. Hinter den Coulissen ist wieder das bekannte laubere Spiel getrieben worden, so daß sogar die „Volkszeitung“ folgendermaßen tief entrüstet schreibt: „Wohl einer der unglücklichsten Verhältnisse, die die Reichs-Justizkommission in ihrer letzten Sitzung sah, ist der auf Antrag des Abgeordneten Lasker zu Stande gekommene, daß zur Verhütung eines Mißbrauchs des Bescheid der Staatsanwaltschaft der Antragsteller zu einer Sicherheitsleistung verpflichtet sein soll, und daß ihn weiter, wenn der Angeklagte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen wird, die Kosten des Verfahrens treffen. Bei der ersten und zweiten Lesung hatte die Commission sehr richtig beschlossen, daß, wenn die Staatsanwaltschaft den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung abgelehnt habe, stets auf Anrufen die Entscheidung darüber, ob die Ablehnung gerechtfertigt sei, einer richterlichen Prüfung unterstellt werden müsse, indem die schließliche Entscheidung nicht einer Verwaltungsbehörde überlassen werden könne, welche in ihrer vollständigen Abhängigkeit von der Regierung die Garantien einer unparteiischen Rechtspflege keineswegs zu bieten vermöge. Dieser Beschluß ist allerdings aufrecht erhalten worden, leider aber nur formell, denn der eingangswähnte zusätzliche Beschluß erschwert den Beschwerdeweg so sehr, daß man in den meisten Fällen darauf verzichtet wird, ihn einzuschlagen.“ — Die Sache wird sich also demachen gestalten: Wird zum Beispiel Bismard von einem sozialistischen Reichstagsabgeordneten beleidigt, so klagt der Staatsanwalt — weil Bismard eine öffentliche Person ist. Tritt der umgekehrte Fall ein, so klagt der Staatsanwalt auch auf Antrag nicht, trotzdem der sozialistische Reichstagsabgeordnete eine öffentliche Person ist. Will Letzterer aber dennoch klagen, so muß er erstens eine Sicherheit leisten und zweitens, im Falle das Gericht auf den Antrag nicht eingeht oder den Angeklagten freispricht, die Kosten des Verfahrens tragen. — Armer Reichsbote — glücklicher Bismard!

— Zur Niederlage der deutschen Industrie. Von einem Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift, die wir gern veröffentlichen, da sie zu den vielen anderen, von Herrn v. Bismard in seiner „berühmten“ Reichstagsrede wieder die Sozialdemokratie nicht berührenden Gründe, auf welcher die Niederlage der deutschen Industrie beruht, einen neuen Grund angiebt:

„Zur Vervollständigung der Reulcaugischen Briefe und Vorträge wage ich, gestützt auf langjährige Erfahrung in verschiedenen Fabriken etc., zu sagen:

Die deutsche Industrie hat einen großen Fehler an sich; es ist der Gamajenschan, der Kaiserenschan, der in den Fabriken herrscht, und sich dadurch zeigt, daß er Corporale da hinstellt, wo intelligente Männer hin gehören. Die Werkführer der meisten Etablissements sind Leute, die sich durch Liebedienerei, Knechterei und Ausbeutensinn hervorheben, die feig und superklug nach oben, brutal nach unten sind. Daß solche Leute, die erst aus den Mittheilungen intelligenter Arbeiter ihre Weisheit schöpfen, die tüchtige Arbeit und den Geschmack nicht fördern können, ist selbstverständlich; ja gewöhnlich sind solchen Werkführern intelligente Arbeiter im Weg; dieselben müssen fort. Der Werkführer-Corporal kann nur pünktliche Selaven gebrauchen, dazu gibt sich der bessere Arbeiter aber nicht leicht, nicht lange her. Derartige Werkmeister sind gewöhnlich auch zu unwillig, um weiter zu sehen, sie vergessen über Kleinigkeiten augenblicklichen Vortheilen alle größeren indirekten Schäden; und die Prinzipale achten gewöhnlich zu wenig auf solch verderbliches Treiben.

Darum sage und behaupte ich, daß einen nicht geringen Theil Schuld an der Blamage der deutschen Industrie die Werkführer-Corporale tragen.“

Der Brief enthält gewiß sehr viel Wahres. Die meisten Werkführer aber sind ja auch abhängig, die Prinzipale und Direktoren stehen hinter ihnen, machen sie ängstlich und brutal und dadurch unfähig zur vernünftigen Leitung. Der Direktor sieht gern, wenn der Werkführer recht stramm gegen die Arbeiter auftritt, wenn der Werkführer sich um Alles und Jedes bekümmert, wenn er recht „liebedienerei“ ist — und so werden die „Werkführer“ zur Schädigung der Industrie von oben herab schlecht erzogen.

Diesem anschließend wollen wir noch einen ferneren Grund anführen, weshalb die deutsche Industrie so darniederliegt und

regeln gegen uns herbeiführen will, sagt das frühere Leiborgan Bismard's, „daß an der traurigen wirthschaftlichen Lage Deutschlands die ebenso notwendigen, wie glücklichen Kriege mehr Schuld sind, als der Gründerschwindel und andere Nebenursachen“. Das Blatt meint noch dabei, daß dies ein Punkt sei, den man noch sehr selten erörtert habe. Diese Behauptung ist allerdings mehr als stark. Wie oft haben unsere Parteigänger den Militarismus, die glücklichen Kriege für einen Culturrückschritt, für das Verderben der Nationen erklärt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat also nichts Neues, aber abgesehen von der Betonung der Nothwendigkeit der Kriege, etwas Wahres gesagt, was ihr sehr selten passiert.

Ein schlichter Arbeiter und die vornehme „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sie haben beide je einen Beweis beigebracht, der die Anklage des Fürsten Bismard gegen die Sozialdemokratie, daß sie die Niederlage der deutschen Industrie verschuldet habe, zum Uebermaß noch weiter entkräften. Armer Bismard!

— Eine Blüthe der Nation. Die „Osnabrücker Zeitung“ schreibt: „Vor Kurzem ließ sich hier ein Offizier zu einer Ausjähreitung hinreihen, die allgemeine Beurtheilung erfährt. Von einer Seite wird von der Sachverhalt folgendermaßen mitgeteilt: Wie jedesmal bei der Ankunft und Abfahrt von Zügen, standen auch am verfloffenen Mittwoch Abend die Kutscher der hiesigen Hotelwagen am Perron des Köln-Rindener Bahnhofes, um Reisende zu empfangen. Sie unterhielten sich lebhaft und belachten ihre Scherze. Ein Offizier, der eben vorbeiging, als der Hilfskutscher von Schaumburg's Hotel laut aufschrie, glaubte durch dieses Gelächter verspottet zu sein, ging auf den Kutscher zu und fragte ihn nach der Ursache dieses Lachens. Als derselbe weiter lachend keine Antwort gab, zog der Offizier seinen Degen, schlug dem Kutscher einen Theil der Nase ab und gab ihm noch einige flache Stöße auf Arm und Rücken. Von anderer Seite wird erzählt, der betreffende Kutscher habe eine Keuherung des Offiziers im Gespräche mit dessen Kameraden spöttisch wiederholt und dadurch den Offizier zu der „Jächtigung“ veranlaßt. Sei dem wie ihm wolle; auch wenn der Offizier wirklich von dem Kutscher beleidigt worden ist, lag dennoch kein Grund vor, sofort von der Waffe Gebrauch zu machen. Von einem Offizier sollte man doch erwarten, daß er so viel Selbstbeherrschung besitzt, um nicht Ungezogenheiten eines Kutschers sofort blutig zu bestrafen. Würde jeder Soldat jedes Mal, wenn man in seiner Nähe lacht, von seinem Seitengewehr Gebrauch machen, dann würde es um die persönliche Sicherheit der Civilpersonen sehr schlecht bestellt sein.“ — Also allgemeine Beurtheilung hat die blutige That des Offiziers erfahren — so schreibt ein liberales Blatt. Ob auch Herr Riquel, der Oberbürgermeister von Osnabrück, zu dieser Allgemeinheit gehört? Ihm wäre es ja ein Leichtes, die ernstliche Bestrafung dieser merkwürdigen Blüthe deutscher Nation zu erlangen. Im Uebrigen ist es sehr erklärlich, daß unsere Offiziere, angesichts der Aussicht, an der Spitze des „Erbfeindes“ die russische Kultur auf des Schwertes Spitze nach Constantinopel zu tragen, jetzt schon Waffenübungen anstellen. An die Seite der montenegrinischen wagenabschneidenden Culturbrüder paßt augenscheinlich die „Blüthe der Nation“. Kommt einer von der bürgerlichen Kamaille dabei zu Schaden — was that's, die Strafe ist eine sehr geringe. Recht wäre es übrigens gewesen, wenn die Drohkrautkautsch mit vereinten Kräften über den „Kasenabschneider“ hergefallen wären und ihn tüchtig durchgeprügelt hätten.

— Stephan kann sich freuen! — In Betreff der Briefstieberei will Liebkecht ja bekanntlich folgenden Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, eine Commission niederzusetzen, welche die immer mehr sich häufenden Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses zu untersuchen, und falls sich dieselben als begründet erweisen sollten, Maßregeln zur Abhilfe vorzuschlagen hat.“ — Der „Vorwärts“ bemerkte kürzlich, daß die sozialistischen Abgeordneten zur Einbringung dieses Antrags Stimmen sammelten. Dazu sagt nun die „Volkszeitung“: „Wir denken, es wird nicht schwer werden, die zu diesem Antrag nöthigen Unterschriften zu finden.“ Wir freuen uns! Liebkecht, der sich gegenwärtig im Offenbach-Dieburger Wahlkreis befindet, wird auf den Wink des Fortschrittsblattes hiermit aufmerksam gemacht.

— Kriegsfrüchte. Im Dorfe Oberspier bei Sondershausen waren an einem Abende vor kurzer Zeit die jungen Leute des Ortes und unter ihnen mehrere Mitglieder des „Kriegervereins“ versammelt. Der gleichfalls anwesende Gensdarm, dessen ruhiges und gelassenes Benehmen gerühmt wird, verbot den Durcheinanderhandlungen, die ihm nicht schicklich schienen. Als ihm nicht gehorcht wurde, gebot er Feuerabend. Auf dieses Gebot schienen mehrere der jungen Leute nur gewartet zu haben. Einer unter ihnen, der dem Kriegerverein angehört, gab dem Ordbeter einen Wink und auf das von dort erdröhnende Trompetensignal stürzte sich nun ganz plötzlich und wie auf vorherige Verabredung eine Anzahl der jungen Leute auf den dessen nicht gewärtigen Gensdarmen, den sie durch Schläge mit den Bierseideln u. s. w. betäubten, ohne daß derselbe von seiner Waffe Gebrauch machen konnte. — Die Wehrzahl der Excedenten hat den Krieg 1870 — 1871 mitgemacht, wie die Unterjochung festgestellt hat.

— Die verkommenen Franzosen. Der „Kreuzzeitung“ wird folgendes berichtet: Der Vater eines im Kriege 1870 bis 1871 in Frankreich gefallenen und in Donchery (Ardennen) begrabenen preussischen Offiziers, eines geborenen Medlenburgers, hat im Frühling d. J. an den dortigen Maire, Herrn Perbulot, geschrieben, um sich nach dem Zustande des Grabes seines Sohnes zu erkundigen. Die freundliche Antwort des Maires lautet: „Der Gemeinderath hat beschlossen, daß die Leichen der Deutschen, welche auf unserm Kirchhofe begraben sind, nicht anderswohin gebracht werden sollen. Die Plätze, wo sie begraben sind, sollen vielmehr behändig bewahrt werden, und es soll nie gestattet sein, an den Grabstätten der Befallenen sich zu vergreifen. Ich hoffe, daß dieses Beispiel in Deutschland Nachahmung findet, und daß unsere Kinder, welche die Opfer dieses schrecklichen Krieges geworden sind, in Ihrem Vaterlande dieselbe Rücksicht finden, welche wir den Ihrigen erweisen.“ — Würden auch wohl die „hochgebildeten“ Russen, unsere „Erbfeinde“, solches erbfeindliches Schreiben an uns nach einem Kriege erlassen? Wai! über die verkommenen Franzosen, ein Hoch den kulturkämpferischen Russen!

— Zu den Reichstagswahlen. Der „Hamburgische Correspondent“ bringt folgenden, auch für weitere Kreise höchst interessanten Artikel, der ein glänzendes Licht auf die zu

„Die sozialdemokratische Partei in Hamburg hat in den letzten Tagen einen Beweis von praktischer Einsicht in die Erfordernisse einer gründlichen Agitation, ein Zeichen von Thätigkeit und Unverdorbenheit in Verfolgung ihrer Ziele gegeben, welches den bürgerlichen Kreisen unseres Gemeinweins nicht nur zu denken geben, sondern dieselben zum Handeln berufen und sie an den Ernst der Situation bei der Reichstagswahlagnation eindringlich mahnen sollte. Die Sozialisten — das lehrt ihr gleich näher zu bezeichnendes Vorgehen — haben volles Verständniß für die Wahrheit, daß bei den nächsten Reichstagswahlen ein möglichst genauer Ueberblick über Zahl, Wohnort und Verhältnisse der Wähler, also eine Wähler-Statistik, für den agitatorischen Erfolg von unschätzbarem Werthe sein muß, und von dieser Einsicht ist für sie nur ein Schritt zur wirklichen und thatsächlichen Vorbereitung einer, in ihrem Interesse brauchbaren Wähler-Statistik gewesen. In den letzten Tagen ist nämlich seitens der Sozialisten von Haus zu Haus an jeden Wohnungsinhaber die Aufforderung gelangt worden, auf ein beigelegtes Formular alle Namen der in der Wohnung befindlichen über 25 Jahre alten männlichen Personen zu verzeichnen. Die ausgefüllten Listen dieser Art werden wieder abgeholt; sie sollen zur Vervollständigung der Wählerlisten dienen, damit möglichst wenige Wahlberechtigte diesmal durch das Fehlen ihres Namens in den unvermeidlichen Briefe immer unvollständigen Wählerlisten an der Ausübung ihres „höchsten politischen Rechtes“ verhindert werden. Wir stehen also vor der Thatsache, daß, während bei uns in den bürgerlichen Kreisen die Wahlbesprechungen sich noch mehr in der Gestalt guter Vorsätze, als in der Form praktischer Maßregeln bewegen und nur dem Eingeweihten überhaupt näher bekannt sind, von sozialistischer Seite die Mobilmachung des größtmöglichen Aufgebotes von Parteigängern und Mitläufern ihrer Farbe durch wohlorganisirte und energisch in Angriff genommene Aufstellung von Stammlisten ihrer Wahlvereine in vollster Vorbereitung sich befindet. Auf Grund der Resultate ihres geschildert nicht anzusehenden Sammelstreiches dürfen sie mit Recht hoffen, daß sie später während der Reklamationsfrist gegen die offiziellen Wählerlisten gehen und gründlicher Appell halten können, als wir anderen guten Bürger dieser Stadt; und alle Erfahrung spricht dafür, daß eine Partei, welche die ihr zugänglichen Stimmgeber auf Grund der relativ vollständigsten Information am lautesten und beharrlichsten zusammentrommelt, vor allen anderen einen gewaltigen Vorsprung von vornherein besitzt.“

Nügen unsere Parteigenossen allerorts dem Beispiel unserer tüchtigen Hamburger Genossen folgen.

— Das mittelfränkische Schwurgericht verurtheilte den Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokraten“, Baumann, wegen Preßvergehen (Beleidigung des Königs von Bayern und des Landesherrn Magistrets) zu 4 1/2 monatlicher Gefängnißstrafe, ferner den Parteigenossen Löwenstein, von Fürth, wegen Beleidigung des Landesherrn Magistrets zu einmonatlicher Gefängnißstrafe.

— Der „Chicagoer Sozialist“ heißt eine neue sozialistische Zeitung in America, welche wöchentlich sechs mal im allergrößten Zeitungsformat erscheint, und durch die Mannigfaltigkeit ihres Inhalts sich auszuzeichnen verspricht, willkommen. Wir wünschen dem neuen Prediger in der Wäite amerikanisch-kapitalistischer Corruption eine recht zahlreiche Jüngerschaft.

### Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten der Partei sind ernannt: Stötterich: C. Grube; Apolda: J. Dorn, J. Kaufmann; Mannheim: Ph. Mai; Gabelnz: C. Müller; Plauen: C. Pögel; Gräfenthal: A. Paschold, E. Hannemann; Freiburg: F. Haug; Jena: A. Dähler, Chr. Perthel; Heiligenstadt: A. Sommer, J. Barfard; Oshag: H. Springefeld, D. Fleisch; Großhandorf: F. Viel. Hamburg, 16. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
C. Derossi, J. Auer.

### Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 10. November. (Schluß.) Es geht das Gerücht, daß der Premier am Schlusse der kommenden Parlamentssession von seinem Amte zurücktreten werde. Er habe diese Absicht schon zu Schlusse der verfloffenen Session gehabt, als er in den Abelsstand erhoben und in das Oberhaus veretzt wurde; allein die Königin habe ihn ermahnt, Angesichts der schwierigen Lage des Cabinetes, im Amte zu bleiben. — Als sein wahrscheinlichster Nachfolger werden Lord Derby (der gegenwärtige Minister des Innern) und der Marquis of Salisbury genannt. Von den starren Conservativen wird Letzterer, von den liberalen Conservativen (den sohd' wunderliche Käuze gibt es hier ebenso wie conservative Liberale) hingegen Critiker vorgezogen. Lord Salisbury ist übrigens zum Vertreter Englands auf der demnächst zusammentretenden Conferenz zur Schlichtung der orientalischen Frage ernannt worden.

Zur Abwechslung treibt der Spiritualistenschwindel wieder einmal ganz ergötzliche Blüthen. Das nächste „Medium“ ist der Yankee „Dr.“ Slade, welcher in seinem Hause Sitzungen hält, in denen er von den Geistern verstorbener Auserwählten seiner jedesmaligen Kunden „Vorschüssen“ auf eine Schiefertafel schreiben läßt. Daß sich Leute finden, welche für den Schwindel ihre Guineas (1 Guinea = 21 Schillinge oder Mark) bezahlen, ist nicht zu verwundern, besonders in England, wo die Zahl der Idioten, welche vor Langeweile nicht wissen, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen, Legion ist. Mit dem Privatvergnügen allein gibt sich aber der englische Geldproy, in dessen Nebenimpulse die Methode ist, nicht zufrieden. Er will den Auschweif seiner impotenten Gehirnmaterie unter dem Gewande der Wissenschaft auf den Markt bringen, um auch noch diesen Begriff zu verkehren und zu discreditiren, wie er es schon mit so viel anderen erhabeneren gethan, deren sich ein anständiger Mensch kaum mehr bedienen kann, ohne mißverstanden zu werden. Es hat sich daher eine „Nationale Spiritualistische Gesellschaft“ gebildet, welche es sich zur Aufgabe macht, diese neue „Wissenschaft“ zu cultiviren und ihr Anerkennung zu verschaffen. An Unverschämtheit für solchen Zweck mangelt es jener Idiotensippe keineswegs, wie aus folgendem ersichtlich: Gegen Ende der Sitzungen des jüngsten Jahres-Congresses der „British Association for the promotion of Science“ (Britische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften) in Glasgow (September 1876) gelang es einem Herrn „Professor“ Barrett in der Section für Anthropologie einen Vortrag zu halten unter dem Titel: „Erscheinungen in Verbindung mit abnormalen Geisteszuständen“ („Phenomena associated with abnormal conditions of mind“). Dieser Titel erweckt sich sofort als ein gemeiner Spieß (von dem



Spiritualismus in die Verhandlungen der Britischen Association zu schmuggeln. Der Herr Professor erzählte (unglaublich aber wahr) von schwebenden Jungfrauen, zupfenden und stoßenden Geistern. Er habe einmal den Herzog in ein Buch gesteckt, dasselbe an das Hinterhaupt eines jungen Fräuleins, nahe am linken Ohr, gehalten und sofort habe das Fräulein die Karte errathen. — Am Schlusse der „wissenschaftlichen“ Abhandlung beantragte Herr Barrett, die Association solle ein Comité zur Untersuchung dieser Erscheinungen ernennen! — Die Debatte, die diesem Vortrage folgte, spottet der Beschreibung. Jeder der anwesenden „Spiritualisten“ (manchmal alle zusammen) erzählte seine erlebten „Thatfachen“. — Zu einem Beschlusse kam es glücklicherweise nicht, sondern die Versammlung löste sich in Unordnung auf.

Herrn Professor Lancaster (London) gebührt das Verdienst den Geistescorrespondenten Dr. Slade bloßgestellt und dem Strafgerichte überliefert zu haben. Er ging nämlich mit Dr. Donkin zu einer Sitzung Slade's und verlangte eine Urtheil vom Geiste eines (vorgeführten) verstorbenen Anwaltens. Als nun Slade seinen Hofkutschmann mit der Schiefertafel machen wollte (gewöhnlich hielt er sie unter den Tisch, wo dann die Vorkauf von dem Geiste geschrieben zu werden pflegte), entriß ihm Professor Lancaster, der einige verdächtige Bewegungen bemerkt hatte, dieselbe und — fand sie bereits beschriftet, bevor sie unter den Tisch in die Obhut des Geistes gegeben worden. — Die Herren bezahlten ihre Guineen und Herr Lancaster citirte hierauf das „Medium“ Slade auf Grund des „Vagrant act“ vor den Polizeirichter. Die Sache machte großes Aufsehen, da bisher gewöhnlich arme Teufel von Eigenthümern unter dem Buchstaben dieses Gesetzes verfolgt worden waren und die Verhandlungen vor dem Magistrats-Richter Flowers in Bowstreet gegen den Vagabunden aus dem West-End nahmen 4—5 Tage in Anspruch. Reist den verchiedenen rauen Zeugen, die für ihr Geld in den spiritualistischen Sitzungen von unglücklichen anbetenden Geistern herumgibt, an den langen Ohren gezogen und in die Waden gekneipt worden waren, wurde auf Antrag des klägerischen Rechtsfreunds auch ein professioneller Tischenspieler vernommen, welcher die irdischen Kräfte mit Geißel und Schiefertafel demonstrieren, obgleich dieser Zeuge für den speziellen Fall nicht von Belang war. Slade vermochte die Aussage der Herren Lancaster und Donkin durch die Aufführung einer Anzahl „Glaubigen“ nicht zu entkräften. Und doch wäre dies so leicht gewesen, wenn sich der Geist seiner verstorbenen Frau, der in seinem Hause so viel Vorkäufte auf diverse Schiefertafeln schrieb, herbeigelassen hätte, dasselbe öffentlich im Verhandlungsstuhle zu thun. — Und so fand denn der Richter nach Schluss des Beweisverfahrens und der Plaidoyers, daß 1) die bezügliche Handlung unter die Bestimmungen des Vagrant act falle, und daß 2) sie von Herrn Slade an dem Kläger begangen wurde. Das Urtheil lautete auf 3 Monate Gefängnis mit Zwangsarbeit. Gegen dasselbe wurde Berufung angemeldet und der Berufte gegen eine Caution von 400 Pfd. Sterling auf freiem Fuß belassen. Die Verhandlung und das Urtheil dürften ihre Wirkung auf das große Publikum nicht verfehlen. Die Spiritualisten „aus Prinzip“ lassen sich natürlich ihre theuer erkaufte Ueberzeugung nicht so leicht nehmen, obgleich es Manchem unangenehm sein dürfte, zu einer Gesellschaft zu gehören, deren neues Licht als gemeiner Betrüger auf die Tretmühle geschickt wird. Die Dummen, die hier schon gar nicht „alle werden“, betrachten den fahionablen Deutelschneider als Märtyrer einer heiligen Sache. Die neueste Phase des Spiritualismus aber, der seine wunderthätige Kraft bis jetzt in Tischrücken, Sesselheben, Gliederreißen und Vorkaufschreiben erprobt hat, ist nach dem Londoner „Punch“: „Oakum Picking and Treadmilling“ (die Zwangsarbeit der Fuchshäuser: Bergzupfen und Tretmühlendrehen). — A. Sch.

**Zürich, 12. November.** In Nr. 12 des „Vorwärts“ befindet sich in der Correspondenz „Aus der Schweiz“ über die Banknotenbewegung des Kantons Zürich folgende Bemerkung: „Verlangen 5000 Bürger die Vorlage eines Gesetzes, dann muß der große Rath dem Antrage entsprechen. Die 5000 Unterschriften sind nun schon beisammen, und möglicherweise hat sich schon die nächste ordentliche Versammlung des großen Rathes mit dem Gegenstande zu beschäftigen.“ Da dieses unter den Lesern des „Vorwärts“ einerseits Mißverständnis hervorrufen könnte, und andererseits die Zürcher Banknotenbewegung einen charakteristischen Beitrag zur Geschichte des herrschenden Parlamentarismus bildet, dürften hierüber einige Bemerkungen am Platze sein. Während die Bundesverfassung bei neuen vom Nationalrathe ausgearbeiteten Gesetzen nur das Recht der Verwerfung zuläßt, wenn sich 30,000 Unterschriften dafür gefunden, in welchem Falle eine allgemeine Volksabstimmung angeordnet wird, steht die Verfassung des Kantons Zürich fest, daß 5000 Bürger in kantonalen Fragen berechtigt sind, Gesetze in Vorschlag zu bringen. Der § 28 der Verfassung sagt: „Das Volk übt die gesetzgebende Gewalt unter Mitwirkung des Kantonsrates aus.“ Hat sich die verfassungsmäßige Zahl für ein neues Gesetz gefunden, so ist der Kantonsrat verpflichtet, diesen Gesetzesvorschlag unverändert zur Abstimmung zu bringen, dahingegen hat er das Recht, 1) einen Gegenvorschlag zu machen, welcher dann zugleich mit zur Abstimmung kommt, 2) die Verwerfung, 3) die Annahme zu empfehlen, und 4) kann er sich jeder Kundgabe für und wider enthalten; auf keinen Fall hat der Kantonsrat jedoch das Recht, an dem Gesetzesvorschlag der Initiaten etwas zu ändern. Vor mehreren Monaten wurde im Kantonsrathe der Antrag gestellt, man solle einige Privatbanken berechtigen, die Ausgabe von Banknoten um einige Millionen zu erhöhen. Diesem gegenüber stellte unser Parteigenosse Bürkli den Antrag, den Privatbanken die Bewilligung zur Banknoten-Ausgabe zu entziehen, und das Banknotenmonopol nur der Kantonalbank (Zürcher Staatsbank) zuzugehen. Wie vorauszusehen, wurde der Antrag Bürkli von den „Volksvertretern“ mit 115 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit, mit diesem Beschlusse nicht zufrieden, wandte sich mit einem Aufsatze an das Volk und forderte zum Initiativbegehren auf, indem es zugleich eine Gesetzesvorlage und Unterschriftenbogen verhandelte. Wie der Kantonsrat das „Volk“ vertreten hatte, zeigte sich alsbald, indem in einem Zeitraum von 2—3 Wochen bereits 10,000 Unterschriften — also das doppelte der verfassungsgemäßen Zahl — für das Initiativbegehren gefunden, so daß dieses Gesetz demnächst zur Abstimmung kommt, welche unzweifelhaft für die Volks Sache und gegen die bedeutende Majorität des Kantonsrates ausfällt. Ob Letzterer den Mantel nach dem Winde drehen und die Annahme des Gesetzes empfehlen wird, ob er den traurigen Muth besitzt, seine Anschauung vor dem Volke zu vertheidigen, oder ob er nach der Regel: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ das Maul halten und jammern

das Urtheil des Volkes anhören wird, soll uns der in diesen Tagen zusammentretende Kantonsrat lehren. Einstweilen beweisen unsere liberalen Zeitungsblätter, daß der Antrag außerhalb des „Rechtes“ liege, weil er die Gewerbetreibende gefährde, glücklicherweise weiß das Volk mit oder ohne Advoakatenproben, wie es zu stimmen hat. — Ueber das Resultat der Abstimmung nächstens.

**Königsberg.** Herr Staatsanwalt Hecht erhob bekanntlich im Januar d. J. Anklage gegen drei von denjenigen Bürgern unserer Stadt, die zu den im Juni 1874 aufgelösten hiesigen Volksversammlungen eingeladen hatten, und zwar gegen die Herren Max Herbig, Hermann Arnoldt und Origanis, weil die beiden ersten Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewesen waren und Letzterer ein engagirter Gesinnungsgenosse derselben gewesen sein sollte. — Die Anklage behauptete, die drei Versammlungen seien Fortsetzungen eines vorläufig geschlossenen politischen Vereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewesen und die Angeklagten hätten durch ihre Theilnahme resp. durch die Veranstaltung derselben den § 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 verletzt. In erster Instanz wurden die Angeklagten von der ersten Criminal-Deputation des hiesigen königlichen Stadgerichtes am 10. Februar c. freigesprochen. Die königl. Staatsanwaltschaft appellirte, und nachdem auf Resolution des hiesigen ostpreussischen Tribunals die Polizeibeamten, welche jene Versammlung überwachten, am 6. d. M. nochmals vernommen worden, erfolgte seinerseits die Bestätigung des ersten freisprechenden Urtheils. Die Richter-Collegien beider Instanzen haben also die auch schließlich vom Herrn Minister des Innern adoptirte Annahme, daß jene drei öffentlichen Versammlungen Fortsetzungen eines geschlossenen politischen Vereins gewesen seien, verworfen. In beiden Instanzen vertheidigten sich die drei Angeklagten selbst. Die Entscheidungen sind insofern wichtig, als dieselben von der sonst so beliebten Praxis abweichen, Versammlungen zu „Fortsetzungen“ eines geschlossenen politischen Vereins zu stempeln, sobald dieselben von früheren Mitgliedern eines solchen eintreten werden.

**V. Frankfurt a. M., 14. November.** Ob die Suspendirten, die ein armer abgebrannter Arbeiter bemühen muß, wenn er nicht verhungern oder zum Verbrecher werden will, das Wahlrecht illusorisch machen? Wenn, so wäre das in der That vom Gesichtspunkte der Bourgeoisie aus ein herrlicher Gedanke, sie zur Table d'hôte der arbeitslosen Menschheit zu machen und damit eine große Masse majorenner Bürger des preussisch-deutschen Kanons von der Wahlurne fern zu halten. Vielleicht liegt mehr dieser Zug in dem Plane, auch in hiesiger Stadt eine Suspendirten-Anstalt zu errichten, als der menschlicher Nahrung. Ich erfuhr es vorige Woche, daß man sich maßgebenden Ortes mit dem Gedanken trage, die hiesige substituierbare Arbeiterbevölkerung auf Staatskosten abzuhalten. Traurig ist es, daß im heutigen Staate die Regierung den ausgehungerten Arbeitern nicht anders beizubringen weiß, als indem sie ihnen die Broden zuwirft, die von der Tafel der herrschenden Gesellschaft abfallen. Man muß nur die Geduld bewahren, mit der sich die schweligen Hände mit Gnadensuppen abfertigen lassen, statt mit Arbeit, auf die als einzige reibliche Quelle alles Wohlstandes jeder Mensch doch ein unveräußerliches Recht hat. So muß es kommen, ehe die Masse der Arbeiter zur Einsicht gelangt: Erst Ausplünderung der Arbeitskraft und dann völlige Arbeitslosigkeit. Ein stärkeres Argument gegen die moderne Volkswirtschaft giebt es nicht, als eben diese Thatfache, daß die Privatwirtschaftler in „schlechten Zeiten“ einfach nicht mehr arbeiten lassen und den werththätigen Mitmenschen kalten Blutes dem Hungertode, Raubmord oder Wahnsinn preisgeben. Wenn einem angeichts eines solchen Zustandes die Galle nicht in's Blut übergeht, dann ereignet sich dies überhaupt nicht mehr. — Es interessiert vielleicht manchen Leser, zu erfahren, was nach einem Stadtverordnetenbeschlusse vom 7. d. M. wir Frankfurter für ein Schulgeld zahlen müssen, wenn wir unseren Kindern eine angemessene Bildung zu Theil werden lassen wollen. Nach demselben müssen wir entrichten: für den Besuch des Gymnasiums 100 Mark, für den der Realschule 120 Mark, für den der Büblers- und Handelschule 150 M., für den der Elisabethenschule 120 M., für den der Adlerslicht-, Humboldt- und Klingererschule je 100 M., für den drei anderer je 52 M., für den dreier je 36 M., für den der Bürgerchule 18 M. und für den der zu gründenden Volksschulen je 6 M. Also von 6 bis zu 150 Mark steigt das Schulgeld, das als solches schon, und wenn es nur 6 Pfennige beträgt, ein Anachronismus (etwas Unzeitgemäßes) ist! Die Bildung, die allgemein sein soll, wie das Sonnentlicht, ist Gegenstand des Schadows, und unsere ehemalige freie Reichsstadt schraubt den Schulgehorch so hoch! Die Arbeiter, denen der Lohn sammt der Arbeitszeit reduziert wird, müssen ihre Kinder „halt“ in die Freischulen schicken, wo diese dann ihre geistige Speise ebenfalls von der Wildthätigkeit „freigebiger“ Geldproben als Gnadenbroden dargereicht erhalten. Uns entsetzt nur, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit „demokratisch“ ist, und der Demokrat Dr. Reingamm nicht über und über roth wurde, als er ausrief: auch er erkenne als höchstes Prinzip für die Schulen obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht an, leider sei die Stadt aber nicht in der Lage, dieses bieten zu können. Es ist allerdings wahr, daß unsere Stadt hinsichtlich ihrer Schulen, an denen 400 Lehrer thätig sind, gar keine Staatsubvention erhält, allein warum muß der Sackel der Stadt gerade in puncto „freier Schulausgabe“ ein Loch haben, und warum muß es gerade ein Demokrat sein, der dies constatirt? Sind keine Fortschrittler und keine Nationalliberalen da, denen dieses Geschäft viel besser anliegt? Die Arbeiter werden gut daran thun, bei den demnächstigen Stadtverordnetenwahlen sich einige Sitze im Rathe der Stadthaltern zu erobern.

**Cassel, 12. Novbr. (Freisprechung.)** Am 4. d. M. fand Termin statt gegen die Parteigenossen Reife und Gehring wegen Vornahme von Tellerfammlungen. Dieselben waren in erster Instanz freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwalts wurde verworfen, und sprach die Berufungskammer des Kreisgerichts die kostenfreie Freisprechung der Angeklagten aus.

**Mit Gruß**  
**Konstanz, 11. Nov.** Am 30. Oktober hielten wir hier eine gut besuchte Volksversammlung ab, in der Genosse Dreosbach über die nächste Reichstagswahl und das Gebahren der hiesigen Zeitung sprach. B. Liebsteht wurde, wie bei der vorigen Wahl, wieder als Arbeiterkandidat vorgeschlagen und einstimmig angenommen. Die „Konstanzer Zeitung“, die sich fortwährend in Schmähtiteln gegen uns ergeht, ließ der Redner ordentlich Speichröhren laufen, wobei er zum Schluß scharf betonte, daß bei einem Blatt, welches sich bei Gründungen compromittirt habe, das Demagogen zum Handwerk gehöre. Dem Anschein nach schloß sich keiner der anwesenden Gegner derartig, unsern Referenten zu widertreten, deshalb schweigend sie; unsererseits griff auch Unterredner in die Debatte ein. Durch eine Tellerfammlun-

der erhaltenen moralischen Zuhilfenahme, mußte die „Konstanzerin“ befehlen, daß die Versammlung in anständiger Weise verlassen sei. Eine in der Versammlung geführte Mittheilung wird ihren Eindruck auf unsere Wähler nicht verfehlen. Es betraf dieselbe den Krach des hiesigen Badhotels, welches kaum 3 Jahre besteht, und bei dem Bau- und Betriebsausgaben auf 1/2 Millionen M. angewachsen waren und das jetzt höchstens für 1/3 Mill. Mark veräußert werden wird. Die Stadt selbst ist mit 365,000 Mark theilhaftig; unser liberaler Bürgermeister Herr Strohmaier als Mitgründer hatte ebenfalls eine gewisse Zahl Aktien inne, suchte sie aber rechtzeitig in Geld umzuwandeln und trat die Stelle als Verwaltungsrath ab. Der Großherzog war der nobelste Aktionär, er schenkte der banquerottierten Gesellschaft seine Papiere. — Am den gütigen Einfluß solcher Vorkommnisse gehörig anzunutzen trete jeder Parteigenosse in Aktion. Auch ist es nöthig, daß die Genossen unsern Lokalwirth Herrn Reffmer mehr besuchen; derselbe steht uns, seitdem Agitation am Platze ist, treu zur Seite und hat schon vielen Vereinstagungen und Polizeisitzungen prinzipialer widerstanden. Auch von den deutschen Arbeitern in der benachbarten Schweiz, von denen mancher seine Heimath meiden muß, erwarten wir, daß sie uns mit Rath und That, besonders durch agitatorische Kräfte im Wahlkampfe unterstützen. Diesbezüglich sind alle Briefe zu adressiren an

C. Schütthaupt, Rheinstraße 857.  
**Liegeln, im November.** Montag den 23. Oktober sollte hier eine Wählerversammlung stattfinden. Die hiesige Polizei hatte es für angezeigt erachtet, darin wieder einmal eine Fortsetzung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ zu erblicken, der in Preußen bekanntlich im Monat Juni 1874 von der Polizei und kurz darauf im übrigen Deutschland von den Mitgliedern freiwillig aufgelöst worden ist. Die hiesige Polizei scheint die Abwechslung zu lieben. Abwechselnd, oder wie man hier zu Lande sagt „unzweifelhaft“, läßt sie eine Versammlung stattfinden und erklärt die nächste für eine strafbare Fortsetzung eines verbotenen Vereins. Nun — Abwechslung macht Spaß. Der Einberufer der Versammlung, welcher mit dem „Allg. Deutschen Arb.-Verein“ niemals etwas zu thun gehabt, beschwerte sich sofort telegraphisch bei dem Minister des Innern. Darauf ging folgende Antwort ein:

„Aufgegeben Berlin, den 23. Okt. 1876, 12 U. 35 M. N. An Herrn J. Schirpe, Liegeln, Schloßstraße 14.  
Die dortige Polizeiverwaltung hat die Ertheilung der Bescheinigung für die Anmeldung der Versammlung verweigert, weil letztere von Mitgliedern des Zweigvereins des geschlossenen „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ abgehalten werden soll.“

Excell. Herr Minister Graf zu Eulenburg.  
Der Empfänger sandte nun nochmals folgende Depesche an den Minister ab:

„Excell. Minister Graf zu Eulenburg!  
Unterzeichneter war niemals Mitglied des in der Depesche angelegten Vereines. Beweis: hiesige Polizeiverwaltung. Darf die Versammlung togen? Bitte um bestimmte baldige Antwort.  
Schirpe, Schloßstraße 14.“

Küdanwort deponirt.  
Eine Antwort auf diese Depesche ist indes nicht eingegangen. Da jedoch der Vorsitzende des Arbeiter-Wahlcomités Schirpe die Neigung hiesiger Polizei zur Veränderung kennt, so meldete er sofort eine zweite Versammlung für den folgenden Abend an, welche auch ohne weitere Hindernisse am 25. Oktober unter so zahlreichem Besuch, daß Hunderte umkehren mußten, lagte.

Genosse Schumacher hielt einen kurzen gediegenen Vortrag über die Parteien im deutschen Reichstage. Der Vorsitzende theilte alsdann im Namen des Wahlcomités mit, daß Herr Reinders als Reichstags-Candidat in Aussicht genommen sei. Reinders erdörte in einem längeren, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage die Stellung eines sozialistischen Reichstagsabgeordneten und erklärte sich zur Annahme der Candidatur bereit. Ein Antrag auf eine Tellerfammlun wurde angenommen und führte, entgegen der bisher üblichen Praxis, nicht zur Auflösung der Versammlung. Herr Polizeikommissarius Brade gab vielmehr die Erklärung ab, daß er den Wählerversammlungen fortan keine Hindernisse mehr in Betreff der Tellerfammlun in den Weg legen wolle.

Wir waren nun der Meinung, unsere Versammlungen ungehindert abhalten zu dürfen; allein es sollte anders kommen. Sonntag, den 5. November, beriefen wir eine Wählerversammlung ein, in welcher Genosse Bätke aus Berlin referiren sollte. Als Redner jedoch die stenographischen Berichte aus dem Reichstage über den Militär-Etat vortrug und über den Grunderschwindel sprach, erklärte der überwachende Polizeibeamte Brade die Versammlung für aufgelöst, da der Vortrag von Aufreizungen gegen die Staatsgewalt tropfe. — Wir beriefen nun auf den 7. November zwei öffentliche Wählerversammlungen, von welchen eine genehmigt wurde. Herr Reinders aus Breslau kritisirte hier in einem 1/2stündigen Vortrage die Polizeiverordnungen und erklärte, daß er seinen Wählern das unter den gegenwärtigen Verhältnissen vornehmste Recht, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, wahren werde. Hierauf ergriff Genosse Bätke aus Berlin das Wort und setzte seinen am 5. November begonnenen Vortrag fort, bei welcher Gelegenheit er unter Anderem das allgemeine direkte Wahlrecht in eingehender Weise besenchtete.

**A. Sch.**  
**Crimmitschau.** Am Freitag, den 27. v. Mts., hatten wir wieder einmal eine Volksversammlung, die den Gegnern recht eindringlich vordemonstirte, was es mit dem Niedergange der Sozialdemokratie für eine Bewandniß hat. Trotz der ungünstigen Zeit, trotzdem verschiedene Gesellschaften am selben Abend Versammlungen oder Vergnügungen hatten, eine Masse von Theilnehmern! Wie man versichert, waren die Reichstreuen durch Cirkular bedeuert worden, die Volksversammlung nicht zu besuchen und sie hatten auch pünktlich Ordre parirt. Da die Leithammel nicht fähig sind, den Sozialisten mit Erfolg entgegenzutreten, soll auch die Heerde bewahrt bleiben vor der Verführung mit den sozialistischen Lehren. Man könnte ja dort etwas lernen und sich gar, nachdem man gelernt, nachdem man erkannt (und das muß Jeder, dem das Hirn nicht gar so vernagelt), daß der Sozialismus nicht das ist, wozu ihn unwissende Zeitungsredactoren in ihren Winkelblättern zu machen suchen, — man könnte sich also dann mit Abscheu wegwenden von dem reichstreuen Arielesanz, der reichstreuen Windbeutel. Das darf nicht sein. Es steht so schon schlimm um die schwarz-weiße Garde. — Doch nun zur Sache. Am 9 Uhr wurde die Versammlung von L. Reihorn eröffnet und nach der üblichen Wahl des Bureau erbielt der Reichstagsabgeordnete W. Hasenclaver aus Leipzig das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung. Der Redner begann mit der Erklärung, daß er versuchen wolle, in kurzen Zügen die Stellung der verschiedenen politischen Parteien zur Arbeiterfrage klarzulegen. Auch er habe die Ehre, der sozialistischen Partei anzugehören, der die Deiner mit sehr viel Unrecht

\*) Gegen die Bestimmungen des Vagrant act (Landstreicher-Gesetz) verzeiht sich, wer „vorgibt, Götter prophezeien zu können oder durch ir-



Gespens entgegen, mit dem man den Philistern gruseln machen wolle. Doppelt ungerecht sei dieser Vorwurf namentlich von der Bourgeoisie. Wenn wir uns auf parlamentarischen Gebiete anstrengen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, dann ist keine Partei berechtigt, uns den Vorwurf zu machen, wir wollten unsere Ziele auf blutigem Wege erreichen. Gerade die Parteien, die uns jetzt diesen Vorwurf machen, haben der Revolution ihre Herrschaft zu verdanken. Durch Blut und Gewalt hat das Kapital die Herrschaft erlangt. Die deutsche Bourgeoisie allerdings sei auf dem Wege der Gesetzgebung zu ihrer heutigen Machtstellung gekommen, sie habe die Früchte der großen französischen Revolution geerntet. Ein großer Theil der 1848er Revolutionäre behauptet ja: was sie damals erstrebt, erkämpft, das sei jetzt erreicht durch die Gesetzgebung. So wollen auch die Sozialisten arbeiten. Und was den wenigen Prozenten der Bevölkerung gelungen, das werde denn doch wohl der großen Masse des Volkes erreichbar sein. Nicht die Machtverhältnisse umkehren wollen wir (obgleich es gar nicht so schlimm sei, wenn die Eisenheime, Stroussberge, Rothschilde &c. auch einmal den Karren schieben müßten), sondern Jeder solle theilnehmen an den Gütern der Welt. Nachdem der Redner noch die Gegner ermahnt, Rede zu stehen, nicht aber hinterher zu schimpfen, zu verleumden, und ihnen zugerufen: hic Rhodus, hic salta, hier ist der Ort, hier zeigt, daß Ihr nicht gelogen habt, ging er über zur Kritik der verschiedenen Parteien. Da sei zuerst die conservative Partei zu nennen, die den Großgrundbesitz als den Urquell aller Macht ansehe. Diese Partei wolle keineswegs, wie ihr Name sage, conserviren, die Zustände erhalten, sondern sie wolle längst Veraltetes wieder einführen, uns zurückwerfen in vergangene Zeiten, sie wolle offen die Reaktion. Die ultramontane Partei, die Merkmalen, ob sie in Rom oder Berlin oder Dresden ihren Sitz haben, wollen die Herrschaft der Kirche über den Staat erstreben. Sie verweisen das Volk auf das Jenseits, um es um so besser ausbeuten zu können. Das Volk solle die Knechtschaft nicht fühlen. Die Kirche habe von jeher gesucht, möglichst viel Grundbesitz in die Hände zu bekommen, darin sei sie verdammt mit den Feudalen. Es verbinde sich der Säbel mit dem Krummstabe, um das Volk darnieder zu halten, um Geist und Leib in Banden zu schlagen. Weder mit dieser noch mit der ersten Partei könnten die Sozialisten etwas zu thun haben; wir wollen, daß es hier einem Jeden wohlgehe. Nun kam der Redner zur Kritik der liberalen Partei, der Partei der liberalen Phrasen, die so weit heruntergekommen sei, daß sie die Kürassierregimente Bismarcks küsse, wenn er es wüßte. Auch diese führe nicht den rechten Namen, sie sei die eigentlich conservative Partei. Das sei eben der große Fehler des Liberalismus, daß er den Stillstand predige, daß er meine, wir haben jetzt die beste der Welten. Damit könne aber die große Mehrheit des Volkes nicht einverstanden sein, deshalb bekämpfen die Sozialisten den Liberalismus, der die Volksherrschaft opfere, um seine Klasseninteressen zu wahren. Zu den Sozialisten aber gehören naturgemäß alle kleinen Leute, Handwerker, Kleinbauern &c., von denen ein Theil noch verblendet genug sei, mit dem Großkapital zu gehen. Nur im sozialistischen, im freien Volksstaate könne der Geist sich frei entfalten, werde erst die Wissenschaft und Kunst eine wahre Heimstätte finden, werde das Elend nicht mehr sein. Aber nicht von heute zu morgen, nicht mit Ueberstürzung wollen die Sozialisten ihr Ziel erreichen — wer das glaube, der möge fern bleiben von ihm — sondern durch ruhige Fortentwicklung. Es sei wie mit jenem Manne, der ein Bäumchen pflanzte nicht um selber Nutzen davon zu haben, sondern damit seine Nachkommen die Früchte genießen und Schutz finden könnten unter seinen Zweigen. Wenn die Sozialisten sich heute in den Reichstag wählen lassen, so sei es vor Allem deshalb, um dafür zu sorgen, daß die Reaktion nicht noch mehr überhand nehme; es gelte zunächst, das Wenige zu erhalten und das Volk immer mehr aufzuklären. Redner schloß seinen Vortrag unter großem Beifall der Anwesenden. — Parteigenosse Peukert charakterisirte darauf noch die Feigheit der anderen Parteien, von denen namentlich reichstreue Herren sich nicht scheuen, unseren Reichstagsabgeordneten Motteler in frecher Weise zu beschimpfen, und forderte schließlich zum Beitritt in die Partei auf. Da sich sonst Niemand zum Worte meldete, schloß der Vorsitzende Schlegel, mit der Aufforderung an die Anwesenden, bei der bevorstehenden Reichstagswahl thätigst einzugreifen für die Wiederwahl unseres Candidaten, die Versammlung. — Auch diese Versammlung hat wiederum guten Erfolg gehabt für die gerechte Sache des Volkes und die Ohnmacht der Gegner deutlich genug erwiesen.

**Altenburg, 13. November.** Die Liberalen sind überall die selben. Als wir vor mehreren Wochen einen Vortrag unseres Reichstagscandidaten Stolte aus Grimmitzschau im hiesigen Amtsblatt ankündigten, ließen die Liberalen in der nächsten Nummer eine Gegenannonce los, des Inhalts, daß die Altenburger „hoffentlich zu stolz“ sein würden, sich einen Candidaten von auswärts zu verschreiben. Das hindert sie aber nicht, sich selbst den Professor Birnbaum aus Leipzig kommen zu lassen, damit dieser hier für ihre Sache Propaganda mache, vermuthlich, weil sie unter sich keine der freien Rede mächtige Persönlichkeit haben. Der Mann, der es verstanden hat, einer Disputation mit Bebel geschickt (oder ungeschickt) auszuweichen, besaß Muth genug, hier zu sprechen, da er wußte, daß es Gegnern unmöglich gemacht werden würde, gegen ihn aufzutreten; denn als wir an den Vorstand des hiesigen Vereins, der sich Birnbaum verschrieben hat, eine hierauf bezügliche Anfrage richteten, wurden wir abgewiesen. — Es war am 11. November, als Birnbaum eine Rede redete, an einem Sonnabend, an dem das Theater geschlossen ist und auch grade keine sonstigen Vergnügungen stattfanden, weshalb denn auch die Liberalen in ziemlicher Anzahl erschienen waren. Der Herr Professor wurde von den Honoratioren mit tiefen, hoffähigen Büdlungen empfangen und zur Tribüne geleitet. Als der Advokat Hammer die Klingel ergrieff, ging ein Gemurmel wie von Schneißfliegen durch den Saal, dann ward's still. Der rechtsbesessene Martell hämmerte nun in einer Einleitung auf die „geehrte Versammlung“ los, sprach aber so ungeschicklich und unsicher, daß man meinte, der hinter ihm stehende Professor wäre sein Souffleur! Beiläufig sei hier bezügtem Martell oder Hammer der freundliche Rath erteilt, sich doch ja nicht mehr in dieser Weise öffentlich hören zu lassen, da die seine Klienten alles Vertrauen auf eine etwaige wirksame Vertheidigung verlieren könnten. — Herr Birnbaum begann somit, seinen Vortrag in „zwei Theile zu theilen“ (wörtlich), in welchen beiden Theilen er die Rede nach rechts und links theilte, gegen alle Parteien losfuhr, nur die Conservativen ehrwürdig und imponant nannte (die Conservativen sind in Altenburg nämlich eine „Macht“), aber den Liberalen die Strahlentrompe des Rhodus und aller Majestät auf's Haupt setzte, weil sie allein die Interessen des Mittelstandes vertreten. Was er weiter sagte, kann ich wegen Raummangels nicht anführen, will nur noch erwähnen, daß er sagte, Bebel sei irgendwo gegen die Maschinen losgezogen, was den Eindruck machte, als wolle Bebel die Maschinen überhaupt aus der Welt schaffen. A la Uhrsch

stern das nöthige Gruseln ein. Auch verlas er zwei Punkte unseres Programms; der eine: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums“ erschien ihm überflüssig, weil selbstverständlich, daß aber auch Jeder den gleichen Antheil an dem erzeugten Reichthum haben solle, machte er lächerlich. Beim Ende des ersten Theiles dieses Vortrages erhob sich wieder das unvermeidliche Gemurmel der Schneißfliegen sowie das Händeklatschen der Claqueurs. Beim Schluß des Vortrages stärkeres Gemurmel der liberalen Schneißfliegen, und Klauenrappaus wie oben. Dann hämmerte Martell-Hammer noch den Dank der Versammlung über Professor Birnbaum her, machte ihm einen tiefen, tiefen Bückling, der erwidert wurde und, um jede Diskussion abzuschneiden, stürmte die in verschiedene Winkel des Saales vertheilten „Eingeweichten“ und Stadtvereiner fort, die Menge mit sich reisend. — Dem Herrn Professor Birnbaum sei noch bemerkt, daß es leicht ist, eine Partei verächtlich zu machen, der man im Voraus das Wort abschnidet. Zu feig, unsern Parteigenossen Bebel in öffentlicher Versammlung Rede zu stehen, suchte er uns in den Scham zu ziehen. Fürwahr, Herr Professor, zu dem Handwerk gehört ein trauriger Muth, und der Verdacht der Feigheit wird auf Ihnen lasten, so lange Sie es in dieser Weise fortführen. Ist indeß noch einigcs Ehrgefühl in Ihnen, nun so bestimmen Sie ihre Altenburger Freunde, und bei Ihrem nächsten Auftreten hier auch das Wort zu gönnen; es giebt auch hier Leute, die Ihnen heimzuleuchten wissen werden. Erwähnenswerth ist das Benehmen der Honoratioren von Rostig (eine Stunde von hier), die nämlich einen Wirth beinflussten, daß er uns das schon gemietete Lokal zu einer Versammlung auf heute verweigerte. Es sind uns dadurch unnütze Kosten verursacht, da wir aber einen schriftlichen Vertrag mit dem Wirth haben, wird er gerichtlich belangt werden. Ähnliche Geschichten wären noch mehr anzuführen, jedoch genug für heute.

**Öffentliche Quittung**  
der im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise vom 1. bis 31. Oktober eingegangenen Gelder.  
(Die ersten 3 Posten sind bei der Abrechnung in Nr. 7 des „Vorwärts“ vom hiesigen Comité übersehen und nicht mit aufgeführt.) Durch Hauptmann in Darmstedt, Ueberstabsarzt vom Arbeiterfest in Alstedt, Karl 49,80; durch Hofencleber von Bramstedt 16,50; durch Hofencleber von Darmstedt 18,00; durch Dourins aus Glashof 50,00; durch Pahlau von den Maurern Ottenfels 110,80; durch Pahlau von Rief 5,40; durch Pahlau von D. Karstens 9,15; durch Pahlau von Johnsen 18,74; Köhler's Fabrik 60; Jensen's Fabrik 46,55; von Pahl und Binneberg 30,00; Ranscher's Fabrik 36,00; Rölling's Fabrik 100,00; Wöhne's Fabrik 75,00; Klausen's Fabrik 9,00; J. Brühmann's Fabrik 40,00; Borchardt's Fabrik 6,50; Reimer's Fabrik 5,82; Jensen's Fabrik 9,00; Quack's Fabrik 25,00; Lange's Fabrik 80,00; Rede's Fabrik 33,22; Fiege's Fabrik 9,64; durch Pahlau von Papmeier 15,40.  
Ottenfels, den 12. November 1876.  
F. Heerhold, Kl. Reinstr. 4.  
F. Kuhl, Bahrenfelderstr. 251.

**Briefkasten**  
der Expedition. Krowitz Ostend: Sie schulden für Versammlungs-Annoncen 1,40 M. Wir müssen Sie darauf aufmerksam machen, daß ein Depot angelegt oder jeder Annonce der Betrag beigelegt werden soll.  
**Quittung.** Ludwig hier Ab. 7,50. Herman Rimbarg Schr. 2,20. Edrt Harmen Ann. 6,00. Wrf London Ad. 40,50. Bekleid hier Ab. 1,80. Aln Berlin Schr. 1,10. Rppsch Balfest Ab. 20,00. Aln Mendth Schr. 7,50. Wf Schwab. Gmünd Schr. 2,50. Hr Lindenthal Ann. 0,80. Gmünd Ab. 1,80.

**Wahlfonds.**  
Box Defan in Penig 0,60.

**Anzeigen &c.**  
Die Filial-Expedition des Herrn  
F. A. Sörgo, Box 101 Hoboken, N. J.  
ist durch ein Mißverständnis am Kopfe unseres Blattes angelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel.  
Die Expedition des „Vorwärts“

**Hamburg.** Allgemeiner Deutscher Töpfer-Verein.  
Donnerstag, den 23. November, bei Hrn. Häbarr, gr. Rosenstraße Nr. 37: Versammlung. Tagesordnung: Wahl eines Bevollmächtigten. 8 Klaws. [40]

**Leipzig.** Donnerstag, den 23. November, Abends 7/9 Uhr, bei Michaelis, Windmühlenstraße Nr. 7:

**Öffentl. Sozialisten-Versammlung.**  
Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Ref. Hüblich. Fragestoffschedatte. Der Agent. [60]

**Leipzig.** Arbeiterbildungsverein.  
Rittwoch: Vortrag von Hrn. Geiser. — Sonnabend: Vortrag von Hrn. Dr. Lindner. [30]

**Leipzig.** Freitag, Abends 8 Uhr, Sitzung der Commission zur Beschaffung eines allgemeinen Verkehrslokals.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonnabend, den 25. November, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: 1) Soziale Rundschau. Referent Martin. 2) Fragekasten. [50] Alle am Platz. Der Vorstand.

**Lindenthal.** Sonntag, den 25. November, Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Beyser:  
**Volksversammlung.**  
Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl. (B. 206) Der Einberufer. [60]

**Wiesbaden.** Verein der Töpfer und Brenngewerksamen.  
In Würzburg wurden die Kollegen Ernst Beyer aus Lützel und Anton Schelder aus Würzburg aus dem Verein ausgeschlossen. Ferner werden alle Kollegen vor einem gewissen Rudolf Hermann aus Dausig gewarnt, indem von verschiedenen Seiten höchst ungünstige Nachrichten über denselben eingelaufen sind. [70] Jos. Schweis, Vorsitzender.

**11. sächsischer Wahlkreis**  
Dschaj, Grimma, Wurzen und Umgegend.  
Sonntag, den 26. November, von Nachmittags 3 Uhr ab, findet in Wurzen in der „Restauration zur Pfleßermühle“ eine Conferenz statt. Die Parteigenossen des Kreises werden zu zahlreicher Vertretung aufgefordert.

Die Genossen von Dschaj, Grimma und Wurzen:  
J. K.: Aug. Obenaus (Dschaj), Zwinscher (Grimma), G. Weisler (Wurzen).  
Aufschriften sind zu richten an G. Weisler, Altstadt 150-1, Wurzen. [1,20]

**Achtung!**  
August Eckert, Buchbinder  
Barmen

Kleinen Wehrt- und Vredderstrafen-Ede empfiehlt sich in allen vorerwähnten Buchbinderarbeiten; prompte und reelle Bedienung wird zugesichert. [300]  
Den Abonnenten der „Neuen Welt“ zur Nachricht, daß sie den 1. Jahrgang, sowie auch die „Sozialpolitischen Blätter“ von früher

**Allen Gesinnungsgenossen**  
die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlzitation veranlaßte und vom Parteigenossen A. Bebel verfaßte Broschüre:  
**Die parlamentarische Thätigkeit**  
des  
**Deutschen Reichstags und der Landtage**  
von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuch, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung &c. &c.  
Freitag, den 24. November, im Verlage der Allgem. deutschen Affociations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grünadler-Platz 8a, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.  
Die Broschüre wird 9 Bogen kl. 8<sup>o</sup> Raat und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltet, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hülfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

**Das Central-Wahl-Comité.**  
Auct. Derossil. Geib. Hartmann. Brauch.

**Die Neue Welt**  
Jahrgang I. 1876  
complett, lieferbar mit Ablauf des Jahres  
empfehlen wir als besonders geeignet zu  
**Festgeschenken.**  
Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Bestimmungsfelds in Golddruck, darstellend:

**Die Befreiung der Menschheit.**  
Bei Parteibezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten.

**Elegante Einbanddecken**  
für die „Neue Welt“

sind a Stück 1,20 M. gegen baar oder Nachnahme (incl. Porto) durch Unterzeichnete und die Buchbinderei von S. Jansen, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteur und Filial-Expeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt.  
N. B. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einwendung von Briefmarken. Leipzig, Mitte November 1876.

**Die Expedition der „Neuen Welt“.**  
Färberstraße 12/11.

**Achtung!** Soeben erschien:

**Die Fackel**

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 8 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune (Fortsetzung). — Haben wir freie Reichstagswahlen? — Correspondenz. — Zweite Brandrede. — Fackelfunkeln.

Preis per Stück 5 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 9 erscheint Dienstag, den 21. ds.

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:  
**Leben und Thaten**

des  
**Generals Jaroslas Dombrowsky.**  
Die Kämpfe der Pariser Commune.

Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.  
Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.

Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzusenden. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.  
Im Weiteren werden nur noch Complet-Exemplare abgegeben. Preis derselben 75 Pfg., Porto 10 Pfg., gegen baar. Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verdirbt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkes.

Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.  
Leipzig, Mitte November 1876.  
Die Expedition des „Vorwärts“.  
Färberstraße 12/11.

**Zur Beachtung!**

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der Neuen Welt eine

**Extra-Annoncenbeilage**

beizugeben und berechnen die dreispaltige Zeile oder deren Raum mit 50 Pfg.  
Bei der großen Auflage — 20,000 — der Neuen Welt sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und eruchen Resistenten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.  
Leipzig, im November 1876.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.  
Färberstraße 12/11.  
Verantwortlicher Redakteur: B. Hasencleber in Leipzig.  
F. Jansen und Expedition Färberstraße 12/11 in Leipzig.